



Dan Diner
Das Jahrhundert verstehen
1917–1989

Eine
universalhistorische
Deutung

Pantheon



Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH FSC® N001967

2. Auflage 2022

Copyright © dieser Ausgabe 2015 by Pantheon Verlag
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,

Neumarkter Straße 28, 81673 München

Copyright © 1999/2015 by Dan Diner

Copyright © 1999 by Luchterhand-Verlag

Umschlaggestaltung: Jorge Schmidt, München

Satz: Greiner & Reichel, Köln

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-570-55274-2

www.pantheon-verlag.de

Meinem Vater
Robert Diner
1907–1990
den
das Jahrhundert
gelebt hat

Inhalt

Vorwort zur Neuauflage IX

Einleitung 9

Periodisierung und Epochenbewußtsein / Zeitachsen / Geschichtserzählung in peripheraler Sicht / historische Perspektiven / verfremdete Gegenwarten / verschwundene Zeiten / verschollene Räume / letzte Quellen

Deutungen: Zweierlei Weltbürgerkrieg 21

Weltkrieg und Weltbürgerkrieg / Amerika und Europa / Gleichgewicht und Hegemonie / Verfassung und Nationalität / Freiheit und Gleichheit / der maschinelle Tod / zweierlei Antibolschewismus / Rasse und Klasse / Seemacht und Landmacht / Demos und Ethnos / Selbstregierung und Selbstbestimmung / Faschismus und Antifaschismus / Westen und Osten

Konversionen: Nation und Revolution 79

Krieg und Revolution / Gesellschaft und Nation / Expansion und Intervention / rote und weiße Nationen / vaterländische Kriege / Grenzen und Minderheiten / Ungarn und Rumänien / Griechen in Odessa / Polen und Sowjets / Stalin und Tschatschewski / Deutschland und Rußland / Revision und Status quo / Hitlers Kriege / Polens Grenzen / Deutschlands Einheit

Regime: Demokratie und Diktatur 135

Weimarer Lehren / Hermann Müller und Ramsey McDonald / Tradition und Kontingenz / Stabilität und Krise / England und Frankreich / Sozialdemokratie und Republikanismus / Par-

*lamentarismus und Autoritarismus / Kabale und Intrige /
Papen und Schleicher / Hitler und Hindenburg / Zugang zum
Machthaber / Emblematik des Zufalls / Diktatur und Dikta-
tur*

Kataklysmen: Gedächtnis und Genozid 195

*Orientalische Fragen / ethnische Säuberungen / Griechen und
Türken / armenische Katastrophen / Polens Demographie /
Deutschlands Ideologie / Ostexpansion und Holocaust / gegen-
läufige Perspektiven / Hierarchie der Erinnerung / Gedächtnis
und Narrativ / Nationalsozialismus und Stalinismus / Arbeit
und Tod / Völkermord und Klassenmord / Vergleich und Er-
kenntnis*

Dualismen: Dekolonisierung und Kalter Krieg 251

*Translatio imperii / Britannien und Amerika / Geographie und
Ideologie / griechische Fragen – fernöstliche Antworten / asiati-
sche Krisenbögen und westliche Freiheiten / geteilte Welten /
Mao Tsetung und Tschiang Kaischek / Dulles und Mendès-
France / Dien Bien Phu und europäische Integrationen / Frank-
reich und Deutschland / Neutralisierung des Nationalen / Wie-
derkehr des Ethnos*

Nachwort 317

Anmerkungen 323

Personenregister 373

Sachregister 377

Vorwort zur Neuauflage

Vergangenheit erscheint stets im Lichte zeitgenössischer Gegenwart – ein Axiom historischen Denkens, das auch diesem Buch zugrunde liegt. Mit Blick auf die heranrückende Jahrhundertwende verfasst, stand es im Zeichen zweier analoger, die 1990er Jahre bestimmender Ereignisse – des Zusammenbruchs des Kommunismus in Osteuropa und des jugoslawischen Zerfallskriegs –, die gleichwohl dem Rhythmus unterschiedlicher Zeitintervalle folgten: Während der Niedergang des Kommunismus, verbunden mit der Auflösung der Sowjetunion, den Blick für die historisch kurze Dauer ideologisch aufgeladener Konfliktslagen schärfte, offenbarte der jugoslawische Zerfallskrieg die lange Dauer ethnisch codierter Verwerfungen.

Der sichtbar gewordene Wandel von der einen zur anderen Zeitfrequenz sollte für die Wahrnehmung geschichtlicher Vorgänge überaus folgenreich sein. Die Ablösung von Ereignisfolgen kurzfristigen durch solche langfristigen Charakters zog nämlich eine entsprechende Verwandlung der historischen Terminologien nach sich. Die vormalige Geltung politischer und sozialer Semantiken wurde zusehends von solchen der Geographie und des Gedächtnisses überformt. In der Folge schienen sich die zur Deutung zeitgenössischer Vorgänge herangezogenen geographisch-topographischen Nomenklaturen mit historischen Bildern aus immer weiter entfernten raum-zeitlichen Erlebnis- und Erfahrungswelten zu füllen. Bei den Zeitgenossen löste dies den seltsam anmutenden Eindruck aus, das herannahende Jahrhundert könnte mit dem längst vergangenen womöglich mehr Gemeinsamkeit aufweisen als mit dem gerade vergehenden.

Das Ende des Kalten Krieges brachte nach einer vierzig Jahre

andauernden Eiszeit ein Relief komplexer Vergangenheiten zum Vorschein. Jahrzehntlang waren deren Konturen von dem alle historisch angelagerten Unterschiede neutralisierenden Ost-West-Konflikt verdeckt worden. Jetzt schien die Wiederkehr bislang verborgen gewesener historischer Räume eine Wiederkehr der einst mit ihnen verbundenen Zeiten nach sich zu ziehen. Es drängte sich der Eindruck auf, das Verhältnis von Zeit und Raum beginne sich grundlegend zu verkehren und das vormals unangefochtene Primat der Zeit, das sich dem nuklear bewehrten Gegensatz der Supermächte verdankte, sei verdrängt worden durch das des Raums.

Vor diesem Hintergrund schien es angebracht, zum Verständnis des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts zwei methodisch wie terminologisch auseinandertretende historische Deutungsachsen miteinander zu verschränken: eine politisch-ideologische, von einer Abfolge kurzer Ereignisintervalle geprägte, und eine ethnisch-topographische, von Verlaufsmodi langer Dauer bestimmte Achse, wobei letzterer so etwas wie ein erkenntnistheoretischer Vorrang zukam.

Die damals getroffene konzeptionelle Entscheidung, die Geschichte des 20. Jahrhunderts als eine Abfolge kurzer politischer Intervalle vor dem Hintergrund ins 19. Jahrhundert zurückweisender Kontinuitäten darzustellen und sie vom östlichen Rand Europas aus zu betrachten, offenbart im Rückblick durchaus prognostisches Potential. Jedenfalls hat die zwischen Ostsee und Schwarzem Meer gelegene, den Balkan streifende und bis in die Levante reichende europäische Schütterzone offenbar kaum an Bedeutung verloren. Ihren Ursprung haben die von dort ausgehenden Verwerfungen in einem sich aufs Neue als gestört erweisenden Verhältnis zwischen Russland und dem Westen.

In Russland scheint sich, vom Streben der Ukraine nach Annäherung an die Europäische Union verstärkt, ein Sinneswandel von erheblicher Tragweite vollzogen zu haben, der auf die Ab-

sicht hindeutet, sich vom Westen abzugrenzen und dabei die eigene politisch-kulturelle Tradition herauszukehren. Ein solcher Rückzug auf sich selbst mag insofern folgenreich sein, als im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen das Potential eines chronischen Gegensatzes angelegt ist. Er verweist auf Konstellationen des 19. Jahrhunderts und weit weniger auf den ideologisch unterlegten Ost-West-Konflikt der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – auch wenn dafür die altvertraute Symbolsprache entgegengesetzter Himmelsrichtungen bemüht wird.

Während die Begriffe *Ost* und *West* zu Zeiten des Kalten Krieges für zwei antagonistische, zudem global ausgreifende politisch-ideologische Lager standen, die sich jeweils bemühten, ihre gesellschaftlichen Vorstellungen universell durchzusetzen, geht es nun um Reibungen lebensweltlich wenig kompatibler, tief im Humus der Geschichte verwurzelter Traditionen – begleitet von habituell unterschiedlichen Verkehrsformen und einem womöglich religiös geprägten Weltverständnis. Solche auf unterschiedliche Vergangenheiten zurückgehende Konfliktlagen rufen Sprach-, Begriffs- und Bilderwelten auf, die vornehmlich aus den Erinnerungsarsenalen des 19. Jahrhunderts schöpfen.

Ganz unerwartet kam die russische Wende zu sich selbst freilich nicht. Seit das politische Gefäß Sowjetunion 1990/91 zersprang, ist Russland auf der Suche nach sich selbst. Die damit im Raum stehende russische Frage wiederum umfasst verschiedene Aspekte von erheblicher Reichweite und entsprechender Tiefenwirkung. Dazu gehört die Frage nach dem Selbstverständnis des Gemeinwesens – schwankend zwischen einer russischen und russländischen, einer nationalen und übernationalen, gar die territoriale Ausdehnung der Russischen Föderation überschreitenden Orientierung des Landes, verbunden mit der Frage der Zugehörigkeit ganzer Bevölkerungen an den Rändern des russi-

schen Machtbereichs. Hinzu kommen Fragen nach der Verfasstheit der politischen und wirtschaftlichen Ordnung.

Die zeitweilige Erwartung, Russland werde nach der Liquidierung der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft eine Kultur vertragsgemäßen Handelns und demokratisch verfasste Institutionen schaffen, hat sich nicht erfüllt. Die Tendenz zu einer obrigkeitsstaatlichen Herrschaft ging einher mit einer Konzentration auf die Ausbeute fossiler Rohstoffe und anderer primärer Mineralien – mit der Folge, dass Regime und Ökonomie miteinander verschmolzen. Die Verschränkung von Politik und Ökonomie blockiert alle Bemühungen, der Sphäre des Zivilen Eigenständigkeit gegenüber dem Staat zu verleihen.

Die im 19. Jahrhundert sprichwörtlich gewesene Differenz zwischen *Russland* und *Europa* wird erneut heraufbeschworen. Sie lässt sich an der in Russland fehlenden Prägung durch die Traditionen des Römischen Rechts bzw. des napoleonischen Code civil festmachen. Daran hat die bolschewistische Erneuerung Russlands nichts geändert. Eher noch haben soziale Kollektivierung und sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft diese Kluft vertieft.

Hoffnungen, das nachkommunistische Russland werde mit westlichen Denk-, Wirtschafts- und Produktionsformen kompatibel sein, wurden also enttäuscht. Russland scheint entschlossen, einen eigenen Weg zu gehen, sich dabei neu zu definieren. Hierzu dienen offenbar die Konflikte, die an seinen unbestimmt gehaltenen Grenzen ausgetragen werden.

Da sich das Buch auf die kurzzeitig zentrale ideologische Achse eines Weltbürgerkriegs der Werte vor dem Hintergrund der dabei immer wieder sichtbar werdenden, aus dem 19. Jahrhundert in die Gegenwart sich verlängernden Tendenzen einer langen Dauer konzentrierte, steht darin die nördliche Halbkugel im Fokus, dort wo sich Ost und West, Kommunismus und Antikom-

munismus, Gleichheit und Freiheit direkt gegenüberstanden. Nicht, dass die koloniale oder nach-koloniale Welt unberücksichtigt geblieben wäre. Angesichts der systematischen Konzentration auf Eurasien galten ihr allerdings nur Seitenblicke. Ihr war ein anderes Werk des Autors vorbehalten, das sich speziell mit dem Nahen und Mittleren Osten befasst (*Versiegelte Zeit. Über den Stillstand in der islamischen Welt*, Berlin 2005/2015). Dass diese im Zeichen des Islam stehende Region in eine derartige Krise geriet, oder besser: dass ihre in den Staatsverfall und zu einer gewaltigen Migrationsbewegung führende Zivilisationskrise derart sichtbar wurde, ist nicht zuletzt dem Ende jener vierzig Jahre andauernden Weltordnung geschuldet, die ihre Stabilität dem Kalten Krieg und dem ideologisch aufgeladenen Ost-West-Gegensatz verdankte. Obschon den sich vormals feindlich gegenüberstehenden Blöcken nur mittelbar verbunden, übten diese indirekt einen Ordnungs- und Verhaltenszwang auf die autokratisch-semisäkular verfassten Regime der dortigen, vornehmlich arabischen Gemeinwesen aus.

Das zur Jahrhundertwende erstmals erschienene Buch suchte sich der im Jahre 1989/90 abgebrochenen Gegenwart mittels eines in weiter zurückliegende Vergangenheit gerichteten Blickes zu versichern. Die gegenwärtige Entwicklung scheint ihm und dem damals diagnostizierten Paradigmenwechsel der historischen Wahrnehmung Recht zu geben: Der Blick in die Vergangenheit, vornehmlich ins 19. Jahrhundert, bietet auch den Zeitgenossen des fortschreitenden 21. Jahrhunderts so manche Orientierungshilfe in Gegenwart und naher Zukunft.

Dan Diner
Spätsommer 2015

Einleitung

Periodisierung und Epochenbewußtsein / Zeitachsen / Geschichtserzählung in peripheraler Sicht / historische Perspektiven / verfremdete Gegenwarten / verschwundene Zeiten / verschollene Räume / letzte Quellen

Dieses Buch besteht aus Auslassungen. Dem kann nicht anders sein. Keine historische Darstellung, die sich nicht mit einer chronologischen Aneinanderreihung relevanter Vorgänge begnügt, kommt umhin, aus der Fülle des von der Wirklichkeit dargebotenen Materials auszuwählen. Die Auswahl ist nicht beliebig; schließlich wird sie mit dem Anspruch auf das Wesentliche getroffen. Was wiederum als wesentlich gilt, bleibt der Urteilskraft des Historikers überlassen. Dabei handelt es sich nicht um hermeneutisches Verstehen allein; vielmehr kommt es darauf an, Komplexität und Vielfalt historischer Wirklichkeiten sinnvoll zu reduzieren. Eine solche Reduktion liegt der Konstruktion eines jeden Geschichtsnarrativs zugrunde.

Schon der Darstellbarkeit wegen entwickelt der Historiker Kriterien zeitlicher Eingrenzung. Wann eine Epoche beginnt und wann sie endet, erlegt er der verflissenen Zeit von außen auf, aus dem Nachhinein, dem *hindsight*. Nur aus angemessener zeitlicher Distanz kann eine plausible, überzeugende historische Wertung des Vergangenen erfolgen. Von den Wahrnehmungen der Zeitgenossen wird sich das im nachhinein konstruierte Bild der Epoche unterscheiden. In wenigen Ausnahmesituationen dürfte es angemessen sein, der jetztzeitigen Perspektive der Protagonisten zu folgen und aus der Aktualität heraus außergewöhnliche Vorgänge mit dem Prädikat des Historischen zu versehen. Mit diesem Prädikat werden in der Gegenwart ge-

wöhnlich solche Vorgänge ausgezeichnet, die beim Zeitgenossen den Eindruck hervorrufen, sein Empfinden werde von späteren Historikern aus angemessener Distanz bestätigt werden. Dieses Gefühl war im Jahre 1989 allgegenwärtig. Die Zeitgenossen erfaßte die Gewißheit, in ihrem Beisein sei eine ganze Epoche jäh an ihr Ende gelangt. Unter der Wucht der als epochal empfundenen Ereignisse drängte es das Bewußtsein, die abrupt historisch gewordene Zeit periodisierend zu vermessen: War der Abschluß der Epoche mit der Zeitikone 1989 angezeigt, so ruft diese ihre kongeniale Markierung als das Jahr 1917 auf. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus zum Ausgang des Jahrhunderts wird das Geschehen der Oktoberrevolution in den Rang seines Auftakts versetzt.

Eine dem Zeitempfinden gebührende Vermessung des Jahrhunderts vom Jahre 1917 bis zum Jahre 1989 gibt eine Deutung vor, mit der sich thematische Auslassungen in der Darstellung des Jahrhunderts plausibel begründen lassen. Diese Periodisierung rückt jene Ereignisse und Vorgänge in den Blick, die den Zusammenstoß zwischen dem Kommunismus und seinen Antagonisten epochal erscheinen lassen. Diese Gegnerschaft wurde im Zeichen eines Weltbürgerkriegs ausgetragen und begründete sich vornehmlich ideologisch – ein Kampf der Werte und Weltanschauungen, universell angelegt und global ausgreifend. In unterschiedlicher Ausformung durchzog der Dualismus das Jahrhundert: als Freiheit und Gleichheit, Bolschewismus und Antibolschewismus, Kapitalismus und Kommunismus, Ost und West.

Seiner Universalität wegen bietet sich dieser Antagonismus als zentrale Deutungsachse des Saeculums an. Gleichwohl stellen sich an seiner durchgängigen Geltung Zweifel ein. Sie verstärken sich angesichts der Ereignisse, die auf das Epochenjahr 1989 folgen. Diese Geschehnisse aus der Zeit danach sind allem Dafürhalten nach jenseits des für die Epoche des 20. Jahr-

hunderts gültigen Gegensatzes der Werte und Ideologien angesiedelt. Ihnen liegen keine konfligierenden Universalismen zugrunde. Sie beruhen im Gegenteil auf einer Wiederbelebung archaisch anmutender Zugehörigkeiten – auf Ethnos und Nationalität, auf der Geltung und Wirkung langer Gedächtnisse und der sie begründenden Vorvergangenheiten. In der Epoche des Weltbürgerkrieges der Werte und Weltanschauungen schienen sie zwischenzeitlich wie anästhesiert, überwältigt von der Rhetorik widerstreitender Universalismen. Ihre Wiederkunft nährt den Zweifel, das Saeculum sei ausschließlich entlang der Deutungsachse antagonistischer Werte zu verstehen.

Geschichte ist ein offener Vorgang. Ihre Offenheit in die Zukunft bleibt auch für längst abgelaufene Vergangenheiten nicht ohne Folgen; sie wandeln sich im Rückblick aus der hinzugetretenen Zeit. Bleiben die gewesenen Wirklichkeiten auch dem Zugriff der neuen Gegenwart entzogen, so verändert sich doch aller Faktizität unbeschadet das historische Bild der Vergangenheit. In jeweils neues Licht getaucht, erscheint jenes Bild verfremdet, mitunter sogar ganz anders. Ereignisse und Gestalten, für die Darstellung der Epoche bisher unverzichtbar, büßen an Geltung ein oder entschwinden aus der Erinnerung. In der Konstruktion der Geschichte treten fundamentale Verschiebungen ein; der Wirkung tektonischer Beben entsprechend, reißen sie bislang gültige Kontinuitäten auf. Kontingenzen türmen sich auf. Die Zeit schichtet sich neu und verleiht der Epoche ein gewandeltes Profil. Gleich einem Findling entzieht sich etwa die Periode des Kalten Krieges erratisch den Mustern vorausgegangener wie nachfolgender Zeiten. Ihre Gewißheiten finden sich zusehends annulliert. Ihr Erfahrungswert vergeht – eine gleichsam absterbende Zeit. Solcher Schwund hinterläßt freilich keine bleibende Leere. Das verfallende Gewebe wird umgehend ersetzt, kompensiert – von Bestandteilen wiederauflebender Erinnerung durch die Wiederkehr längst abgegolten geglaubter Ver-

gangenheiten. Unter Umgehung des jüngst Gewesenen scheint sich die Gegenwart altneuen Mustern europäischer Geschichte anzunähern. Offenbar evoziert die Wiederkehr historischer Räume im Gedächtnis die Wiederkehr historischer Zeiten.

Nach dem Epocheneinschnitt 1989 scheinen also vermehrt Tendenzen auf, die den traditionellen Konfliktlinien des 19. Jahrhunderts entspringen. Damit könnte die Achse des ideologischen Gegensatzes an Gewicht verlieren. Sie hätte auf ihr angemessenes Deutungsmonopol zu verzichten und manches an Einsicht und Erkenntnis einer anderen, rivalisierenden Achse der Jahrhundertinterpretation, die sich weniger einer Entgegensetzung der Werte und der Weltanschauungen verpflichtet als die Geltung von geographischen und ethnischen Momenten zur Kenntnis nimmt, abzutreten.

Indes ist das 20. Jahrhundert weder über die eine noch über die andere Deutungsachse allein hinreichend zu verstehen. Ein angemessener Zugang scheint sich eher über eine Verschränkung beider Interpretationslinien zu eröffnen. Von einer solchen Verschränkung ist die Wahl der historischen Gegenstände angeleitet, aus denen sich in dieser Darstellung das Geschichtsbild des Jahrhunderts fügt. Die ausgewählten Phänomene entsprechen sowohl der kurzzeitigen Geltung eines Weltbürgerkrieges der Werte und Ideologien als auch der langzeitigen Wirkung von Ethnos und Geographie. In den Fokus der Darstellung rücken vornehmlich ihre Verschmelzungen, das verblüffende Phänomen der Konversion einer Form in die andere.

In dieser Darstellung wird das Jahrhundert von der Peripherie her erzählt. Anstatt wie üblich von den europäischen Zentren des Geschehens auszugehen, nimmt die Erzählung Europa von seinem östlichen Rande her in den Blick. Die räumliche Verschiebung der Perspektive erzeugt den Effekt einer zeitlichen Verfremdung. Räumliche Distanz wird in zeitliche übersetzt. Das

Jahrhundert vermag so seinen Zeitgenossen entrückt, vergangen und historisch erscheinen.

Der Blick geht von der europäischen Grenze aus. Er schweift von der Ostsee über das Schwarze Meer hin zur Ägäis. Eine solche peripheriale Perspektive könnte von einem virtuellen Erzähler eingenommen werden, der auf den Stufen der traditionsreichen Treppe von Odessa sitzt und nach Süden wie nach Westen schaut. Die Indienstnahme jenes historischen Raumes als Resonanzboden der Erzählung ermöglicht eine Rationalisierung historischer Mannigfaltigkeit; zumal hier Geschichtserzählung ihren Ursprung hat.

Der die Darstellung anleitende Blick von den Stufen in Odessa führt also über das Schwarze Meer, über Konstantinopel und Byzanz zu den Meerengen, nach Troja. Der Blick durchstreift den geschichtsträchtigen Raum von Nord nach Süd, von der Gegenwart in die Vergangenheit – ein Raum dicht aufeinander geschichteter Zeiten von außergewöhnlichem historischem Rang.¹ Der Eindruck entsteht, die Vorgaben der Geographie führten, einem Palimpsest gleich, zur Wiederholung von Immergleichem – etwa das ständige Ringen um die Herrschaft an den Meerengen. Die entsprechenden Kriege muten trojanisch an – auch in neuerer Zeit. Der Krimkrieg von 1853 bis 1856 oder die Schlacht von Gallipoli 1915 im Zuge des Ersten Weltkrieges waren Kämpfe um den Zugriff auf die Meerengen. Der Krimkrieg brachte übrigens die moderne archäologische Trojaforschung in Gang; ein geschichtsbewußter britischer Militär hielt seine an den Meerengen in Wartestellung harrende Truppe zum Zweck militärischer Disziplinierung an, mit Spaten und Hacke nach den Überresten des alten Trojas zu graben.² Ein halbes Jahrhundert zuvor hatte Katharina II., die Rußland in den Rang einer europäischen Großmacht erhob, mit der Namensgebung der neugegründeten Stadt Odessa am Schwarzen Meer an den Mythos der Odyssee und Griechenlands angeknüpft, als gelte es, Troja zeit-

und raumverschoben eine Entsprechung an die Seite zu stellen – Troja, das in alter Zeit den Handel und die Schifffahrt durch die Meerengen kontrollierte und sich daran bereicherte. Jedenfalls war Rußlands Verbindung zum Westen auf die freie Durchfahrt durch die Meerengen als eine vormalige Hauptschlagader des Welthandels angewiesen. Unter anderem deshalb fand das Ringen zwischen dem Osmanischen Reich und dem russischen Imperium sowie zwischen Rußland und dem Westen seinen Hebel an ebendiesem Ort.³

Als Pivot der Geschichte bezeichnete Halford Mackinder das südliche Rußland und die Schwarzmeerregion.⁴ Das war zu Beginn des Jahrhunderts. Das Urteil des Geographen, später Beraters der britischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 und der alliierten Interventionsstreitkräfte im russischen Bürgerkrieg an den nördlichen Gestaden des Schwarzen Meeres, war durch die das 19. Jahrhundert hindurch währende Konstellation der Mächte geprägt. Für die Dauer eines Saeculums standen sich England und Rußland als Protagonisten des Weltgegensatzes gegenüber. Bei dieser Konfrontation ging es um die Kontrolle der Meerengen und im Verständnis der Zeitgenossen um die Beherrschung der Welt. Dieses Ringen wird in den Geschichtsbüchern als Bestandteil der »Orientalischen Frage« abgehandelt. Ihr Epizentrum lag über Generationen hinweg im zu zerbrechen drohenden Osmanischen Reich; ihr Medium war die Suche nach dem Gleichgewicht der Mächte als Voraussetzung für den Frieden in Europa – ein von den in der Levante und auf dem Balkan schwärenden Nationalitätenfragen gefährdeter Friede. Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert wurden von dieser Region Entwicklungen angestoßen, die zur Definition und zum Selbstverständnis Europas entscheidend beitrugen. Europa scheint die »Orientalische Frage« als Gestalt.⁵ Im Juni 1914 in Sarajewo sollte sie sogar über sein Schicksal verfügen. Und als mit dem Ausgang des Weltkrieges auch das Ende des Osmanischen Rei-

ches 1918 eingeläutet wurde – gleichzeitig mit dem der anderen dynastisch legitimierten Vielvölkerreiche –, war eine Weltenuhr abgelaufen.

Die »Orientalische Frage«, vornehmlich ihr griechischer Bestandteil, dient dieser Darstellung als historische Trope, als Metapher der Geschichtserzählung. Dafür lassen sich gute Gründe anführen – unabhängig von der fundamentalen Bedeutung des archaischen und klassischen Griechenlands als Arsenal und Resonanzboden westlicher Geschichtserzählung.⁶ Diese Wahl resultiert aus der eingenommenen räumlichen Perspektive. Der Siedlungsbereich der Griechen sowie der 1830 gegründete griechische Nationalstaat liegen inmitten jenes Blickfeldes, das ebenjenen Effekt zeitlicher Verfremdung mittels räumlicher Verschiebung erzeugt. Mehr noch: Bei allem historischen Wandel scheint in der Region der »Orientalischen Frage« eine aus dem 19. Jahrhundert herüberreichende Kontinuität gewahrt. Dort findet die sich an geographischen und ethnischen Phänomenen ausrichtende Deutungsachse des 20. Jahrhunderts vornehmlich ihr Material. So lassen sich die Tendenzen der politischen Geschichte des 19. Jahrhunderts über das Saeculum hinaus verfolgen und werden in ihrer fortwährenden Geltung bestätigt. Nach dem Abbruch der ideologischen Deutung drängt sich diese Sichtweise gleichsam auf.

Die »Orientalische Frage« richtet die topographische Perspektive der Geschichtsdeutung aus. Die Dimension der Zeit wiederum findet sich mit der Bedeutung des Jahres 1919 angezeigt – das Jahr der Friedenskonferenzen, der Staatsgründungen, Grenzziehungen und nationalen Konflikte und ein Jahr von Revolutionen und Konterrevolutionen.⁷ Dieses Jahr symbolisiert die Verschränkung beider Deutungsachsen, der des Weltbürgerkrieges und der der nationalen Konflikte. Es ist das Jahr, in dem die Fundamente der Zwischenkriegszeit mit allen Folgen für die Geschichte Europas und darüber hinaus gelegt wurden.

Vom Jahre 1919 aus wendet der fiktive Betrachter auf der Treppe Odessas seinen Blick nach Westen, nach Mitteleuropa. Er schaut, Moskau im Rücken, auf Bukarest, Budapest und Wien. Weiter im Norden rücken Berlin und Warschau in seinen Gesichtskreis. London und Paris sind eher abseits gelegen. Dies tut ihrer Bedeutung für den Gang der Dinge auf dem Kontinent wie in der kolonialen Welt keinen Abbruch. Im Hintergrund wartet zudem Amerika auf den Beginn seines Zeitalters. Von Odessa aus gesehen, spielt sich die Geschichte in Ostmitteleuropa ab.⁸ Der Blick auf Polen eignet sich besonders zur Entschlüsselung der historischen Zeichen der neueren Zeit. Dies gilt für die Ereignisse des 19. wie die des 20. Jahrhunderts. Der Wert jener Deutungsachsen für die Interpretation dieses Jahrhunderts, die Verschränkung vom Bürgerkrieg der Werte mit Phänomenen nationaler Zugehörigkeit, von Weltanschauung und Ethnos, wird anhand der Geschichte Polens in großer Eindringlichkeit evident. Polens Schicksal bietet sich als Exempel für eine Deutung des auslaufenden Saeculums nicht weniger an als die »Orientalische Frage« zum Verständnis des 19. Jahrhunderts. Und beide, die »Orientalische Frage« und die Frage Polens, sind aufs engste mit der Geschichte Rußlands verknüpft, ebenso wie die Geschichte Europas der neueren Zeit sich *sous l'œil des Russes* abspielt.⁹

Diese Darstellung sucht Geschichte zu argumentieren. Sie möchte das historische Argument den Deutungsachsen entlang entfalten. Berücksichtigt werden solche Ereignisse und Entwicklungen, die im Gedächtnis der Zeitgenossen eine ikonographische Bedeutung angenommen haben. Und es wird ein Szenario aufgebaut, in dessen Zentrum die im europäischen wie im westlichen Gedächtnis eingekerbten Katastrophen des Jahrhunderts stehen. Die deutsche Geschichte nimmt hierbei einen zentralen Platz ein; schließlich waren beide Weltkriege, wenn auch auf unterschiedliche Weise, deutsche Kriege. Nicht zuletzt führten

diese Großereignisse des Jahrhunderts Amerika aus seiner selbstgewählten Isolation nach Europa und Asien und von da aus in eine globale Verantwortung. So teilt sich das Jahrhundert in zwei Hälften: die eine, die der Katastrophen, die schließlich sein historisches Antlitz prägen sollte, und die zweite, die zumindest für den Westen als beherrschende Zivilisation im Zeichen von Prosperität und Wohlfahrt steht.¹⁰

Die Geschichtserzählung wird von der katastrophischen Jahrhunderthälfte bestimmt. Ihre Ereignisse besetzen das Gedächtnis der Zeitgenossen ebenso wie das der Nachwelt. Sie scheinen die Vorgänge der zweiten Jahrhunderthälfte bei weitem zu über-tönen. Angesichts der ihr vorgelagerten Katastrophen schrumpft diese wiederum weit unter ihre Nominaldauer. Die Geschichtserzählung des Jahrhunderts schichtet sich wie um ein negatives Telos. So wird das Epochenbewußtsein von einer Erinnerung überformt, die von den Kataklysmen des Saeculum geprägt wurde.

Diese Darstellung des 20. Jahrhunderts ist einer solchen Gedächtniszeit verpflichtet. Entsprechend sind ihre Auslassungen begründet. Ganze Kontinente scheinen vergessen – Afrika zum Beispiel. Die Vereinigten Staaten werden allein wegen ihrer globalen auf Europa und auf Asien gerichteten Bedeutung berücksichtigt. Ihre Binnengeschichte bleibt ausgeblendet. Lateinamerika findet nicht etwa deshalb keine Erwähnung, weil es außerhalb von Geschichte stünde, sondern weil es sich den europäischen Katastrophen gegenüber wie ein Ergänzungsraum ausnimmt. Nur indirekt wird es von ihnen berührt, ohne wirklich in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Vernachlässigt werden jene Vorgänge, die in der zweiten Jahrhunderthälfte von einem Systemgegensatz bestimmt wurden, der alle Geschichte gefrieren ließ. Dieser Gegensatz bildete Verhaltensmodi aus, die trotz aller apokalyptischen Dramatik durch die Geltung nuklearer Bipolarität und der zigfachen Fähigkeit zur Vernichtung auf Wie-

derholung des Immergleichen drängten. Dazu gehörten die Berlinkrisen sowie die Kubakrise 1962, die immerhin die Welt an den Abgrund rückte. Die Kulmination dieser Krisen in einen Nuklearkrieg hätte voraussichtlich das Ende der Welt und damit das Ende von Geschichte überhaupt bedeutet. Dies mag den Unterschied zu genozidalen Katastrophen kennzeichnen, die eine weitere Existenz des Menschengeschlechts nicht gefährden. Nach ihrem Eintritt findet Geschichte weiter statt. Um so mehr belasten sie das Gedächtnis der Nachwelt.

Die hier niedergelegten Überlegungen zum 20. Jahrhundert sind aus Lehrveranstaltungen an den historischen Abteilungen der Universitäten Tel Aviv und Essen hervorgegangen. Die Idee, ein Buch darüber zu schreiben, legte mir vor Jahren Zvi Yavetz nahe. In einer vom Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität in München, Andreas Heldrich, ausgerichteten Vorlesungsreihe durfte ich meine Deutung des Saeculums Anfang 1997 einem breiteren akademischen Publikum vorstellen. Verfaßt wurde das Manuskript während eines leider viel zu kurzen Forschungsaufenthaltes am Internationalen Forschungszentrum Kulturwissenschaften in Wien, für dessen Gastfreundschaft ich mich bei seinem Direktor Gotthart Wunberg herzlich bedanke. Abgeschlossen wurde das Manuskript dann im September 1998. Für Zuspruch und Kritik bedanke ich mich zudem bei Freunden und Kollegen wie Dirk Blasius, John Bunzl, Detlev Claussen, Justus Cobet, Saul Friedländer, Avi Glezerman, Lutz Musner, Susan Neiman, Bruno Schoch, Paola Traverso und Moshe Zimmermann, die sich der Mühe unterzogen haben, das Manuskript zu lesen. Selbstredend sind Fehler und Irrtümer allein von mir zu verantworten. Dank gebührt außerdem Christiane Schmidt, deren Hartnäckigkeit als Lektorin dazu beigetragen hat, die Lesbarkeit des Textes zu verbessern. Bedanken möchte ich mich des weiteren bei meinen Essener Mitarbeitern Markus Kirchoff

und Florian Riedler, die akribisch meine Recherchewünsche erfüllten. Ganz besonderen Dank schulde ich Liliane Granierer und Iris Nachum vom Institut für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, ohne deren bewunderungswürdige Mithilfe die Druckvorlage in der zu Gebote stehenden kurzen Zeit nicht hätte fertiggestellt werden können.

Die Anmerkungen enthalten mehr Hinweise denn Nachweise. Insofern kommt ihnen auch nicht die Bedeutung eines wissenschaftlichen Apparates zu. Einer solchen Vollständigkeit entzieht sich die Darstellung allein schon ihrer Anlage wegen. Allenfalls mögen die Hinweise dazu dienen, manches von den Traditionen offenzulegen, in denen dieser Text steht.

Deutungen:

Zweierlei Weltbürgerkrieg

Weltkrieg und Weltbürgerkrieg / Amerika und Europa / Gleichgewicht und Hegemonie / Verfassung und Nationalität / Freiheit und Gleichheit / der maschinelle Tod / zweierlei Antibolschewismus / Rasse und Klasse / Seemacht und Landmacht / Demos und Ethnos / Selbstregierung und Selbstbestimmung / Faschismus und Antifaschismus / Westen und Osten

Angesichts der Landung amerikanischer Truppen in Nordafrika vermerkte Ernst Jünger am 10. November 1942 in seinem Tagebuch, er empfinde die Anteilnahme eines Menschen der zeitgenössischen Geschichte gegenüber, der sich weniger in einen Weltkrieg, denn in einen »Weltbürgerkrieg« verwickelt wisse. Ein derartiger Gegensatz sei von ganz anderer Natur als die sonsthin von Nationalstaaten untereinander geführten Kriege. Diese würden gleichsam nebenbei erledigt.¹

Die Eintragung mutet merkwürdig an. Schließlich stand das nationalsozialistische Deutschland seit über einem Jahr mit der als »bolschewistisch« geschmähten Sowjetunion im Krieg. Diesen Krieg zeichneten alle nur denkbaren Merkmale einer ideologischen Entscheidungsschlacht planetarischen Ausmaßes aus. Seine Schlachtenordnung kannte keine Nachsicht. Im Osten handelte es sich um einen veritablen Vernichtungskrieg. Dennoch räumte Ernst Jünger dem Erscheinen amerikanischer Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatz einen höheren welt-historischen Rang ein. Warum dieses geschichtsphilosophische Gütesiegel des Weltbürgerkrieges? Und warum gerade Amerika?

Das Eingreifen Amerikas in das europäische Mächteringen erinnert nicht nur an seinen vormaligen schicksalhaften Kriegseintritt im Frühjahr 1917. Es rührt an weitaus Grundsätzlicheres: an die von Jünger als wenig vereinbar erachteten Unterschiede zwischen Europa und Amerika. Die Ahnung des Poeten über den Eintritt eines »Weltbürgerkrieges« fand sich alsbald bestätigt.² Wenige Monate darauf, im Januar 1943, verkündeten Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Casablanca das *unconditional surrender*, die »vorbehaltlose Übergabe«.³ Verhandlungen mit dem Feind wurden ausgeschlossen; den Achsenmächten wurde das bedingungslose Strecken der Waffen abverlangt. Eine Erklärung der Formel »bedingungslose Kapitulation« reichten die Kriegsherrn auf der anschließenden Pressekonferenz nach. Der amerikanische Präsident führte aus, welche Tradition dem »unconditional surrender« zugrunde lag. Er erzählte von Ulysses S. (U. S.) Grant – »unconditional surrender Grant« –, dem Oberbefehlshaber der Nordarmee im amerikanischen Bürgerkrieg und nachmaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, der dem Süden die bedingungslose Kapitulation auferlegt hatte.⁴

Die bedingungslose Kapitulation ist ein Prinzip der Unterwerfung, das gemeinhin auf Bürgerkriege folgt. Ein Kompromiß, der den Erhalt beider Parteien bestätigt, ist ausgeschlossen. Das Nebeneinander zweier Regierungen in einem Staate ist schon logisch undenkbar. Schließlich vermag in einem ungeteilten Gemeinwesen nur eine Fraktion Staats- und Regierungsgewalt auszuüben. Die unterlegene Partei muß ihren Anspruch fallenlassen oder untergehen. Daher steigern sich in einem Bürgerkrieg die Feindseligkeiten bis zur gänzlichen Niederringung, ja bis zur Vernichtung der einen Partei. Der den Bürgerkrieg gemeinhin begleitende Gegensatz von Glaubensinhalten, Weltanschauungen und Werten vermag die Gewalt zusätzlich anzufachen und zu rechtfertigen, aber ihre Intensität ist allein jener *a priori* kompromißlosen Konstellation geschuldet. Die Absicht

der *politischen* Vernichtung zieht ein schier ungehemmtes Maß an Radikalität nach sich und unterscheidet den Bürgerkrieg grundlegend vom Staatenkrieg. Staaten vermögen sich schon aufgrund ihrer institutionellen Geschiedenisheit als Gegner anzuerkennen. Ihre untereinander ausgeübte Gewalt ist gehegt und damit einer gewissen Regelmäßigkeit unterworfen.⁵ Sie zielt nicht auf den Untergang des Gegners, sondern begnügt sich unter Wahrung der Existenz beider damit, sich den anderen willfährig zu machen. Staat und Bürgerkrieg sind also begrifflich gegenläufig.

In der historischen Wirklichkeit nehmen Bürgerkriege unterschiedliche Gestalt an. Fragen von *confessio* und Werten, von Ideologie und Prinzipien kommt erhebliche Bedeutung zu.⁶ So sind Bürgerkriege immer auch Wertekriege. Entsprechend nähert sich ein zwischen Staaten ausgefochtener Krieg der Werte aufgrund seiner Intensität dem Charakter eines Bürgerkrieges an.

So apokryph war die Beobachtung Ernst Jüngers also nicht. Amerika war im Laufe seiner Geschichte überwiegend in Auseinandersetzungen verwickelt, die als Krieg der Werte Charakterzüge eines Bürgerkrieges trugen. Die entsprechende Traditionslinie nimmt mit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, einer Rebellion gegen den englischen König, ihren Anfang. *No taxation without representation* war die Parole der Aufrührer. Der Amerikanische Bürgerkrieg der Nordstaaten gegen die Südstaaten 1861 bis 1865 dominiert bis in die Gegenwart hinein das amerikanische Gedächtnis. In den Ersten Weltkrieg waren die Vereinigten Staaten mit dem Vorhaben eingetreten, die Welt *safe for democracy* zu machen. Der Zweite Weltkrieg war den Amerikanern ein *crusade for freedom*. Und der Kalte Krieg – ein über vierzig Jahre sich hinziehender Antagonismus zwischen Ost und West – war ein Wertekrieg *sui generis*. Unversöhnlich standen sich die Prinzipien von Freiheit und das Ideal von der buchstäblichen Gleichheit in der Weltarena gegenüber.⁷

Hegel bemerkt beiläufig, im Vergleich zu den europäischen Gemeinwesen handle es sich bei Nordamerika um eine bürgerliche Gesellschaft ohne Staat.⁸ Aus europäischer Perspektive haftet den Vereinigten Staaten tatsächlich etwas Überterritoriales, gleichsam Grenzenloses an, ein für die europäische Vorstellung von Staat und Nation irritierendes Phänomen. Es schlägt sich eher in abstrakten Werten und Doktrinen nieder als in den konventionellen politischen Formen kontinentaler Gemeinwesen. Und während die Genesis des neuzeitlichen europäischen Staates nicht zuletzt auf der Neutralisierung konfessioneller, also »ideologischer« Gegensätze beruht, war Amerika von Anfang an dieser Tradition entrückt. So üben die Vereinigten Staaten eine interventionistische Praxis der Parteilichkeit, wenn sie im Unterschied zur europäischen Sitte es nicht dabei belassen, andere Gemeinwesen jenseits ihrer inneren Verfaßtheit anzuerkennen, sondern sich vorbehalten, Regierungen fremder Staaten für rechtmäßig zu erklären.⁹

Der amerikanische Interventionismus gilt als die Kehrseite des für die Vereinigten Staaten sprichwörtlichen Isolationismus. Diese Zwiespältigkeit entspringt wohl dem spezifischen Charakter Amerikas; so etwa unterscheidet er sich vom Universalismus der Französischen Revolution und erst recht von den menschenheitsbeglückenden Unternehmungen der rußländischen Revolutionäre, der Bolschewiki. Die amerikanische Revolution beruht auf einem Universalismus der Menschen- und Bürgerrechte, dem es nicht auferlegt war, gegen bestehende Verhältnisse anzutreten. Das Privileg Amerikas war es, die Wirklichkeit einer neuen Welt gleichsam aus sich heraus zu erfinden. Die amerikanische Utopie etablierte sich in der Gegenwart, während die kontinentalen Revolutionen jeweils unterschiedliche Visionen in die Zukunft projizierten.¹⁰ Schließlich entsprang die Gewaltanwendung der Französischen Revolution und erst recht die der russischen dem Vorhaben, historische Zeit zu beschleunigen. Galt es

in Amerika vornehmlich, Institutionen zu etablieren, die individuelles Glück in Aussicht stellten, so war es den europäischen Revolutionen aufgetragen, Vergangenheiten, *anciens régimes*, umzustürzen. Die kontinentalen Traditionen wurden mithin von einem geschichtsphilosophischen Telos angetrieben. Amerika hatte es besser: Es kennt keine Geschichte, wenn es auch eine Historie hat.¹¹

Jenseits geschichtsphilosophischer Anmaßungen und menschheitlichen Pathos war der Universalismus der Französischen Revolution partikular kontingentiert. Die universellen Werte traten in französischem Gewand auf. Die nationale Einfärbung mußte die Verbreitung von Freiheit und Gleichheit beeinträchtigen. Die Widerständigkeit anderer Völker gegen die ihnen als Besatzung auferlegte französische Form kehrte sich zunehmend gegen ihren universellen Inhalt.¹² Nach außen entblößte sich die *république universelle* fürwahr als imperialer Vollzug des traditionellen Anspruchs der französischen Könige – der *monarchie universelle*.¹³ Und während der napoleonische Imperialismus den Nationalismus anderer Völker gegen sich aufbrachte, neutralisiert Amerika das nationale Gefühl all jener, die sich dem Gemeinwesen der Neuen Welt anzuschließen gedenken: Nur als Individuen vermögen sie Amerikaner zu werden. Um an der Utopie der Gegenwart teilzuhaben, sind sie gehalten, *Geschichte* hinter sich zu lassen.

Zwei Chiffren kennzeichnen die neuere Staatengeschichte: 1815 und 1919. Beide Daten stehen für herausragende Kongresse der Mächte und mit ihnen verbundene Ordnungen.¹⁴ Und sie markieren gegenläufige historische Schwellen, von denen aus die jeweils nachfolgende Geschichte durchmessen wird. Gegenläufig sind jene Zeitikonen insofern, als es dem Wiener Kongreß auferlegt war, eine ihm vorausgegangene revolutionäre Epoche abzuschließen¹⁵; der Pariser Frieden und die mit ihm verbundenen

Vorortverträge trugen hingegen zu einer Fortsetzung revolutionärer Anspannung bei.¹⁶ Diese durchzog die gesamte Zwischenkriegszeit, um schließlich in eine neuerliche Katastrophe einzumünden.

Der Wiener Frieden beendete die napoleonischen Kriege. Zwischen den Mächten wurde das Prinzip des Gleichgewichts wiederhergestellt.¹⁷ Zudem sollte die mit der französischen Nation verbundene Gefahr der Revolution zerniert, ihr Mutterland unter Kuratel gestellt werden. Überhaupt galt es, die Folgen jenes mit dem Jahre 1789 verbundenen Einbruchs der Philosophie in die Politik zu exorzieren. Nach innen legte das Regime der Restauration den Prinzipien der Volkssouveränität ebenso legitimistisch Fesseln an, wie sie ihrer Entsprechung in Gestalt der Nationalität den Weg zu verstellen suchte. Fernerhin galt es, Kriege wieder *en forme* zu führen. Schließlich hatte das revolutionäre Prinzip der *levée en masse*, der Bewaffnung der Bürger und des Aufgebotes von Massenheeren, jene vormalige, vom absolutistischen Staat geformte strikte Unterscheidung von innen und außen, von Militär und Zivil, von Staat und Gesellschaft aufgebrochen und dabei den Krieg gleichsam entgrenzt.¹⁸ So war er nicht mehr auf das Terrain eines *theatre of war* beschränkt und einem gestrengen Regiment unterworfen, sondern durchbrach gleichsam die institutionellen Eingrenzungen. Krieg und Revolution waren eine eigentümliche Verbindung eingegangen. Mit gutem Grund ging die Restauration daran, den Krieg von neuem zu zähmen. Die in den napoleonischen Kriegen aufgebauten Land- und Bürgerwehren wurden aufgelöst und die Offizierslaufbahn vornehmlich wieder jenen vorbehalten, die sich hierzu von Geburt her für befähigt hielten – den Aristokraten.¹⁹

Das Bestreben, vorrevolutionäre Verhältnisse wiederherzustellen, überantwortete die Erinnerung an den bereits total geführten Krieg der Vergessenheit, reinkarnierte gleichsam die Kriegskunst des 18. Jahrhunderts. Kriege galt es wieder nach

dem Reglement von Kabinettskriegen zu führen. So blieb der Waffengang auf das Terrain eines weitgehend abgezirkelten Kriegsschauplatzes beschränkt, nahm sich begrenzte und symbolisch besetzte Objekte zum Ziel und war zudem auf einen schnellen Friedensschluß hin angelegt. Dies galt im übrigen auch für sich hinziehende Unternehmen wie den Krimkrieg 1853 bis 1856, in dem bereits allerlei modernes Kriegsgerät zum Einsatz kam. So dienten Eisenbahnen der Logistik, Telegraphen der Nachrichtenübermittlung sowie Gräben dem Stellungskampf. Die verhältnismäßig hohe Anzahl der zu beklagenden Kriegsoffer freilich ging weniger auf direkte Feindeinwirkung zurück denn auf Krankheit und Seuchen.²⁰

Der Krieg indes, der bereits alle Ingredienzen des Ersten Weltkrieges, der europäischen »Urkatastrophe« (George Kennan), in sich trug, war der Amerikanische Bürgerkrieg. Die mittels Eisenbahnwesen durchgeführten Mobilisierungen, die gewaltigen in Marsch gesetzten Massenheere, die Automatisierung des Tötens durch Maschinengewehre, die von Unterseebooten gelegten Hinterhalte, die Erfassung der Zivilbevölkerung, vor allem aber die Verschmelzung von Kriegsführung und Wirtschaftsleistung, kurz: seine Totalisierung – all diese Phänomene weisen in eine Europa noch verschlossene Zukunft.²¹ Der Amerikanische Bürgerkrieg wird in der Alten Welt zwar registriert, doch erreicht die Bedeutung seiner Schrecken das restaurierte Bewußtsein der Europäer nicht. Schließlich vollzieht er sich in der Neuen Welt, gleichsam *beyond the line*, in einer für die aristokratische Kultur Europas minderen Zivilisation, über die Hegel seinem beiläufig geäußerten Satz noch hinzufügte, sie ginge uns weiter nichts an.

Die Zähmung der Kriegsführung in nachnapoleonischer Zeit war Folge der mit der Restauration eingeleiteten Politik. Was die Epoche der Restauration im Kern auszeichnete, war jene Wiederherstellung des Legitimitätsprinzips sowie die Fesseln, die dem Gebot der Volkssouveränität mit gutem Grund angelegt

worden waren.²² Für die östlichen Mächte, vor allem aber für die Habsburgermonarchie, gingen vom Prinzip der Volkssouveränität nicht nur Gefahren für das Regime aus, sondern auch für den Zusammenhalt des Reiches. Schließlich bedrohte die Volkssouveränität in Gestalt der Nationalität die bloße Existenz von multiethnisch komponierten Gemeinwesen.²³

In der Konversion des institutionellen Prinzips der Volkssouveränität in gleichsam metastasierende Nationalitätenfragen liegt ein wesentlicher Unterschied der politischen Kulturen des westlichen und des östlichen Europas begründet. Bediente sich revolutionäres Aufbegehren im Westen, in Paris in den Jahren 1830 und 1848, noch der politischen Sprache von »Klasse«, so verwandelte sie sich in Richtung Osten zunehmend in die von »Nationalität«. Und fand sich im Westen der Inbegriff des sozialen Gegensatzes in der Barrikade des Straßenkampfes symbolisiert – Klasse gegen Klasse –, so traf man im Osten auf Bevölkerungen, die sich vornehmlich ethnischer Herkunft nach sozial unterschieden – *barricades into borders*.²⁴

Im klassischen Westen wurde die Souveränität des Volkes über politische Institutionen mediatisiert. Hierbei handelte es sich insofern um politische Kulturen der Gegenwart, als sie sich auf die Versprechen der Aufklärung beriefen. Ihre Gedächtnisse zogen solche Ereignisse als Erzählmaterial kollektiver Erinnerung heran, die zur Konstitution ebenjener Institutionen beigetragen hatten. Vornehmlich handelte es sich hierbei um Revolutionen, politische Vorgänge also, die Auswirkungen auf das Gemeinwesen hatten und sich die Freiheiten eines Standes oder einer Klasse auf die Fahnen schrieben. Zunehmend wurden Freiheiten höherer Prinzipien wegen und im Namen aller beansprucht. So wiesen sie gleichsam universell über ihr partikulares Anliegen hinaus, selbst wenn sie sich ausschließlich national realisierten.

Auch im Osten wurden Freiheiten beansprucht. Doch solches Verlangen färbte sich ethnisch ein, wo es gegen ständische

Gruppen oder Instanzen durchgesetzt werden mußte, die ihrerseits ethnisch überformt, mithin von Erinnerungen an weit zurückliegende Vergangenheiten durchdrungen waren. Sozial verursachte Auseinandersetzungen rationalisierten sich immer stärker national.²⁵ Folge solcher Konversionen waren jene neuzeitlichen Nationalitätenkonflikte, wie sie für die politischen Kulturen Ostmitteleuropas, Südosteuropas und Osteuropas historisch signifikant geworden waren. So gesehen war es nicht verwunderlich, daß die 1830 in Paris ausgebrochene Julirevolution im Oktober in den polnischen Aufstand mündete oder die Pariser Februarrevolution von 1848 weiter östlich in einen »Völkerfrühling« mutierte.²⁶

Es gehört zu den beunruhigenden Gewißheiten der Restaurationsepoche, daß es weitreichende Folgen für die Balance und den von ihr getragenen europäischen Frieden nach sich zöge, sollte den Forderungen von Volkssouveränität und Nationalitätenprinzip nachgekommen werden. Solange die Ordnung von 1815 gewahrt wurde, vor allem aber die für Frieden und Stabilität grundlegende Balance der Mächte, konnten – bei aller von England zu den autokratischen Ostmächten gehaltenen Distanz – Gefahren für das System der Restaurationsperiode neutralisiert werden. Es war in erster Linie das Interesse der dynastisch legitimierten Vielvölkerreiche der Habsburger und Romanows, Forderungen nach Volkssouveränität zu unterbinden. Für Österreich ging die Gefährdung vornehmlich von der Nationalitätenfrage aus, für Rußland von der durch sie angestoßenen Revolution. England hingegen sorgte sich eher um die Folgen revolutionärer Unruhe, wie sie durch soziale und nationale Fragen ausgelöst wird. Der Wille zur Staatsbildung aufbegehrender Völker und Nationalitäten verstärkte jedoch die Rivalität der Mächte untereinander und beeinträchtigte das Gefüge des Gleichgewichts. Frankreich tendierte im Zuge der Revolution von 1848 und der Verwandlung Louis Bonapartes in Napoleon III. zur Förderung des Nationali-

tätenprinzips. Durch die Unterstützung nationaler Unabhängigkeitsbestrebungen versuchte das neuerlich kontinentale Dominanz anstrebende Frankreich, sich der Kautelen zu entledigen, die dem Mutterland der Revolution durch die Wiener Ordnung angelegt worden waren. Dieses Vorhaben sollte mittels der Förderung der italienischen wie der deutschen Einigung in der Tat gelingen. Daß letztere schließlich das Second Empire unter sich begrub, war freilich nicht vorgesehen.²⁷

Nach dem Wiener Frieden wurde die Rivalität der Mächte weniger im Zentrum des Kontinents als an dessen Peripherie ausgeglichen. Gleiches galt für Maßnahmen, die zur Justierung der Balance ergriffen wurden. Ihr Austrag fand nicht in Europa statt, sondern wurde in den klassischen Entlastungsraum der europäischen Politik – Orient und Levante – verlegt. Die sogenannte Orientalische Frage – das heißt die den Zerfallsprozeß des Osmanenreiches begleitenden Probleme des nationalen Erwachens von Völkern mit langen historischen Gedächtnissen, wie etwa Serben und Griechen, sowie die Rivalität der Mächte im Bereich der Meerengen, des Balkans und des östlichen Mittelmeeres, vornehmlich der Gegensatz zwischen England und Rußland – drohte zunehmend nicht nur das System der europäischen Stabilität und Sicherheit zu untergraben, sondern auch die mit der Ordnung des Wiener Friedens verbundenen institutionellen und gesellschaftlichen Wertentscheidungen zu unterspülen.²⁸

Die griechische Unabhängigkeit führte den europäischen Mächten erstmals vor Augen, welche Folgen für die Stabilität des Gleichgewichts die Etablierung staatlicher Gemeinwesen nach sich zog, die auf Grundlage des Prinzips eines »ethnischen«, mit hin langen historischen Gedächtnisses erfolgt.²⁹ Zudem galt es, Konflikten ethnischer beziehungsweise religiöser Homogenisierung entgegenzuwirken. Die Mächte hielten das neu ins Leben gerufene griechische Gemeinwesen an, der nichtorthodoxen Bevölkerung dieselben Rechte einzuräumen, wie sie auch helleni-

schen Griechen zustanden. Der griechische Staat verpflichtete sich 1830 im Londoner Protokoll zur Gleichbehandlung der nichtorthodoxen Bevölkerung. Diese vertraglich eingegangene Verpflichtung Griechenlands sollte auf dem Berliner Kongreß 1878 als Präzedenzfall für die Durchsetzung von Minderheitenschutz in den als unabhängig anerkannten Balkanstaaten Montenegro, Serbien und Rumänien dienen.³⁰

Die Sorge der Mächte des europäischen Konzerts um Schutz und Unversehrtheit von Bevölkerungsgruppen, die ihrer Herkunft beziehungsweise Religion nach nicht im neuen und national verfaßten Gemeinwesen aufgingen, war einem geschärften Bewußtsein jenen Problemen gegenüber zu danken, die unter dem Signum der nationalen Frage in Europa virulent wurden. Nach dem Wiener Kongreß war trotz seines generell ordnungspolitischen Auftrags, sich dynastisch über die Ansprüchlichkeiten von Volkssouveränität hinwegzusetzen, der polnischen Nation die Wahrung von Sprache und Kultur zugesichert worden.³¹ Doch dieses Privileg des Institutionen- und Sprachenschutzes in den Teilungsgebieten war letztlich ein Zugeständnis des russischen Zaren Alexander I. als König von Polen und Friedrich Wilhelm III. als Großherzog von Posen an das zuvor existierende polnische Gemeinwesen gewesen.³² Ansonsten nahmen sich die Mächte nationaler Fragen allein aus Sorge um die Stabilitätsarchitektur der großen Politik an. Auch die Unabhängigkeit Griechenlands ging auf einen die Balance justierenden Kompromiß zwischen Rußland, England und Frankreich zurück. So waren die Mächte gehalten, die erste »ethnische« Staatsgründung, die Griechenlands, hinzunehmen. Vor allem der russische Zar, der »Gendarm« der Restaurationsordnung als »Heiliger Allianz«, unterstützte ein unabhängiges Griechenland aus Gründen der Einflußnahme im Bereich der Dardanellen und der Ägäis und verletzte so das von ihm ansonsten gehütete Prinzip der Legitimität. Die Entscheidung des Zaren übergang zudem das

existentielle Interesse Österreichs, jeglicher Durchsetzung des Nationalitätenprinzips Einhalt zu gebieten.³³ Und während des europäischen »Völkerfrühlings« 1848/49 entsetzte der russische Zar das in arger Bedrängnis steckende Habsburgerreich von neuem. Das Verhältnis der beiden »schwarzen Adler« verschlechterte sich in Folge des Krimkrieges 1853 bis 1856 nachhaltig, und Rußland war nicht mehr bereit, dem zunehmend der Nationalitätenfrage wegen in Kalamitäten geratenen Österreich beizustehen. Sardinien-Piemont und Preußen nutzten die historische Stunde, ihren nationalen Sendungen nachzukommen.³⁴ Während Piemont mit französischer Unterstützung das *Risorgimento* weiter beförderte, ergriff Preußen die Chance des Krieges von 1866, um den deutschen Dualismus in seinem Sinne militärisch zu lösen.

Aufgrund dieser Niederlage war Österreich aus Deutschland in südöstliche Richtung abgedrängt worden, was nicht folgenlos bleiben sollte.³⁵ Nach dem »Ausgleich« mit der ungarischen Reichshälfte von 1867 – einem sich dynastischer Verankerung versichernden Versuch, das Nationalitätenproblem wenn schon nicht zu lösen, so doch zu entschärfen – rieb sich die k. u. k. Monarchie fortwährend an den nationalen Forderungen slawischer Völkerschaften.³⁶ Deren Bestrebungen drohten das Reich sowohl von innen her aufzusprengen als auch nach außen hin in kriegerische Unternehmungen zu verwickeln. Die Konflikte mit Rußland auf dem Balkan wurden notorisch. Sie mündeten schließlich in eine Konfrontation, die das alte Europa zerstören sollte.³⁷

Die dem Ersten Weltkrieg auf dem Balkan vorausgehenden Ereignisse wiesen eindeutig die Charakteristika von sich ethnifizierenden Territorialkonflikten auf. Der Verfall des Osmanischen Reiches, die Ausbildung von Nationen auf der Grundlage von Sprache und autokephaler Kirche trieben die sich neu erfindenden Völker in kriegerische Konflikte besonderer Intensität, denen die Funktion nationaler Entmischungen zukam.³⁸ Aus

multiethnischen und multireligiösen Reichsverbänden bildeten sich Nationalstaaten heraus, die trotz aller ihnen eigenen ethnischen wie religiösen Vielfalt einen nominalen Anspruch auf nationale Homogenität erhoben. Insofern war es nicht verwunderlich, wenn ihre Grenz- und Minderheitenkonflikte die Gestalt militärischer Auseinandersetzungen annahmen, denen der Schrecken »ethnischer Säuberungen« eingeschrieben war – wie diese Vorgänge später einmal genannt werden sollten. So waren die 1912/13 vornehmlich um die osmanische Landschaft Makedonien geführten Balkankriege von einer Intensität und Grausamkeit, die den militärisch geordnet durchgeführten Staatenkriegen auf dem europäischen Kontinent fremd waren; es waren ethnische »Bürgerkriege«, von Staaten angeleitet.³⁹ Ihre Intensität rührte daher, daß es dem ethnischen Bürgerkrieg an der den Staatenkrieg voraussetzenden Unterscheidung von innen und außen, von Militär und Zivil mangelte. Die sogenannten Balkangreuel richteten sich nicht ausschließlich gegen die Streitkräfte des Gegners, vielmehr waren die den Nationalstaaten ethnisch nicht zugehörigen Bevölkerungen Ziel grausamer Gewalt. Es ging um die Austreibung ganzer Volksgruppen, deren ethnische beziehungsweise religiöse Merkmale mit denen der Nominalnation nicht harmonierten – mit denen des jeweiligen Gegners um so mehr. Folge war ebenjene ungezügelte, damals so genannte demographische Kriegsführung. Um einen europäischen Krieg als Krieg *en forme* handelte es sich hierbei nicht.⁴⁰

Mochte der Weltkrieg von den Vorgängen auf dem Balkan ausgelöst worden sein – die Umstände, die zu seinem Ausbruch führten, wiesen bei weitem mannigfaltigere Ursachen auf.⁴¹ So waren für den Ausbruch des Großen Krieges sowohl aktuelle Vorgänge wie höchst komplexe langzeitliche Tendenzen verantwortlich.⁴² Längst war das europäische Gleichgewicht aus den Fugen geraten. Statt seiner hatte sich ein im Vergleich zu den traditionellen Konstellationen des 19. Jahrhunderts geradezu pa-

radoxer Dualismus etabliert. Vor allem der Bündnisrevolution der neunziger Jahre waren Situationen erwachsen, die aller vorausgegangenen Tradition von Gegnerschaft spotteten. So waren der das 19. Jahrhundert durchziehende Gegensatz zwischen England und Frankreich sowie der zwischen England und Rußland aufgehoben. Die Militärtechnik war revolutioniert; Heere und Flotten hatten gewaltig zugenommen. Die politische wie logistische Mechanik der Mobilisierung hatte sich verkompliziert und aufs engste mit den aus den Bündnislagen erwachsenen Imponderabilien verzahnt. Alles schien sich verändert zu haben, nur eines nicht: Österreich-Ungarn rang weiter mit seinem Nationalitätenproblem und drohte ständig mit Rußland auf dem Balkan zusammenzustoßen. Bereits 1908 schien die Konstellation von 1914 wie vorweggenommen. Anläßlich der jungtürkischen Revolution in Konstantinopel riskierte die Habsburgermonarchie die Annexion der ihr auf dem Berliner Kongreß 1878 zur Verwaltung anvertrauten osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina⁴³, ein Vorgang, der heftigen serbischen Protest und russischen Widerspruch auslöste. Doch Rußland war durch die Niederlage im Krieg gegen Japan von 1904/5 und die daraufhin einsetzende Revolution zu sehr geschwächt, um militärisch ernst genommen zu werden. Von Deutschland, das der k. u. k. Monarchie den Rücken stärkte, gedemütigt, wich es zurück. Im Juli 1914 war die Situation anders. Rußland trat endgültig an die Seite Serbiens und mobilisierte sein Heer. Das moderne Deutschland wiederum, dem es in Gestalt Preußens 1866 gelungen war, Österreich in Richtung Balkan abzudrängen, war nun aufgrund seines Bündnisses mit der eher traditionellen Habsburgermonarchie einem Partner verpflichtet, der die Reibungen ungelöster Nationalitätenfragen in die große Politik und damit ins Zentrum Europas hineintrug. Und da Österreich-Ungarn, nach den Worten Kühlmanns, der Pivot der deutschen Politik war⁴⁴, gingen seine Probleme gleichsam auf Deutschland über.